

Schweizerische Vereinigung für den Völkerbund

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und
Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - (1921)

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-803425>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Not steckt. Frankreich schuldet England allein $13\frac{1}{3}$ Milliarden, Amerika eine ähnliche Summe. Deutschlands Überfall verursachte ihm — nicht zu reden von den $1\frac{1}{2}$ Millionen Toten und den 2 Millionen Krüppel — einen Schaden von 400 Milliarden. auf dessen restlose Rückzahlung durch Deutschland es einen vollendeten Anspruch zu haben glaubt. Aber Frankreich hat sich längst damit abgefunden, dass Deutschland ihm niemals den ganzen Schaden wird ersetzen können. Es weiss, dass es faktisch nur auf einen teilweisen Schadenersatz rechnen kann und auf vieles, worauf es von rechts wegen Anspruch hätte, verzichten muss. Es will aber immerhin nur soweit verzichten, dass Deutschland, welches keine verwüsteten Gebiete und ruinierten Industrien hat, sich nicht mit einer viel leichtern Last, als das überfallene Frankreich sie zu tragen hat, aus der Sache ziehen und in wenigen Jahrzehnten Frankreich wieder vollständig wirtschaftlich überflügeln kann. Dazu kommt noch eines: es gibt heute noch keinen Franzosen, der nicht fest davon überzeugt wäre, dass das deutsche Volk, sobald es wieder einigermassen zu Kräften gekommen und zur Blüte gelangt ist, neuerdings mit jubelnder Begeisterung, wie 1914, über Frankreich herfallen würde, wenn man ihm das nicht dadurch unmöglich macht, dass man auch allen seinen heimtückischen Orgesch-Vereinigungen usw. ganz gründlich das Handwerk legt. Nehmt Frankreich diese Angst vor dem neuen deutschen Ueberfall, der dann das verwirklichen soll, was man schon 1914 in Berlin dichtete (nach dem bekannten Refrain eines Schlachthymnus) „... und Frankreich tot für immer“, — dann wird es über alles andere leicht und gern mit sich reden lassen.

Diese Angst vor dem deutschen Krieg kann aber Frankreich nur wirklich genommen werden, wenn ein lebensfähiger Völkerbund entsteht, ausgestattet mit genügender Macht, um keinen Angriffskrieg mehr zuzulassen, und mit einem allseitig anerkannten Gerichtshof, der von höherer Warte aus die Streitfragen lösen kann, über die sich die Parteien untereinander niemals friedlich-schiedlich einigen werden. Nur der Völkerbund — der leider auch von vielen Franzosen heute noch skeptisch bespöttelt wird — kann aus dem Chaos der Gegenwart einen Ausweg finden. Darum hat es uns auch schmerzlich berührt, dass der englische Minister des Aeussern, Lord Curzon, in Paris den Deutschen als eine der Sanktionen (Strafmassnahmen) sogar die Nichtaufnahme in den Völkerbund in Aussicht stellte. Als ob eine solche Drohung in Deutschland bei seiner gegenwärtigen Geistesverfassung einen Eindruck machen könnte! Unseres Erachtens war es vielmehr einer der schwersten Fehler des Friedens von Versailles, dass man Deutschland nicht sofort in den Völkerbund aufnahm, dass man es nicht zum Eintritt förmlich nötigte und diesen zur

ersten Friedensbedingung machte. Um wie viel besser stünde Europa heute da, wenn es imstande gewesen wäre, den Völkerbund gleich von Anfang an so zu gestalten, dass auch Deutschland und Amerika darin Platz gehabt hätten! Aber was nicht ist, kann werden.

Schweizerische Vereinigung für den Völkerbund.

In anstrengender fünfstündiger Sitzung hat am 6. Februar 1921 in Olten der Vorstand der Schweizerischen Vereinigung für den Völkerbund den Grund gelegt für die Arbeit des laufenden Jahres. Die Arbeit ist weitschichtig, schwierig und vielgestaltig. Neben der regelmässigen Aufklärung der öffentlichen Meinung über Stellung und Aufgabe des Völkerbundes, der immer noch mit den hartnäckigsten Vorurteilen zu kämpfen hat, und dem Studium der Völkerbundsfragen im allgemeinen und besonders, gilt es nun hauptsächlich, für die Völkerbundsvereinigung eine genügende Anzahl von Mitgliedern zu sammeln, welche nicht nur theoretisch sich für Frieden und Völkerbund begeistern, sondern auch bereit sind, für dieses zur Zeit höchste und notwendigste Menschheitsideal ein gewisses, wenn auch bescheidenes Opfer zu bringen in der Form eines Mitgliederbeitrages. Es ist eine Aktion in Vorbereitung zu diesem Zwecke. An alle Völkerbundsfreunde in der Schweiz und solche, die es werden wollen, wird demnächst ein Flugblatt versandt werden mit der Bitte um Eintritt in unsere Vereinigung und Leistung eines Jahresbeitrages, der im Minimum 2 Fr. betragen soll. Von den bereits erfolgten Anmeldungen ist dankend Notiz genommen worden.

Das grosse Arbeitspensum der Völkerbundsvereinigung erfordert eine wohlerrungene Teilung der Arbeit unter verschiedene Organe. In seiner Oltener Sitzung hat der Vorstand die Organisation des Sekretariats (in Zürich für die deutsche, in Bern für die welsche Schweiz) festgelegt. Er hat sodann vier ständige Kommissionen ernannt, deren Zusammensetzung nach Bereinigung der Listen bekannt gegeben wird. Es sind dies die

- I. Kommission (wissenschaftliche Kommission) für das Studium der Völkerbundsfragen und die Beziehungen zu den internationalen Organisationen (Sekretär: H. Golay, Laupenstrasse 27, Bern).
- II. Kommission (politische Kommission) für die Propaganda und die Organisation in den Kantonen (Sekretär: S. Zurlinden, Seefeldstr. 81, Zürich 8). Diese Kommission teilt sich in zwei Subkommissionen:
 - a) den engern Ausschuss, Arbeitsausschuss oder Aktionskomitee, dem nur in Zürich wohnende Mitglieder angehören, und

b) das weitere Komitee, bestehend aus Vertrauensmännern der Vereinigung in allen Kantonen.

III. Kommission (pädagogisch-pazifistische Kommission für die Pflege und Propagierung pazifistischer Grundsätze und Forderungen im engern Sinne (Sekretär: H. Golay).

IV. Kommission (Finanz-Ausschuss) für die Beschaffung der notwendigen Mittel.

In Olten wurde ferner u. a. der Aktionsplan für 1921 beraten, der sich namentlich mit den Aufgaben der II. Kommission befasst. Man traf auch die einleitenden Massnahmen für den in der ersten Hälfte Juni in Genf abzuhaltenden Kongress der Union des Associations pour la Société des Nations, dessen Vorsitz Herr alt Bundesrat Ador führen wird. Präsident des Organisationskomitees für den Genfer Kongress ist Herr Paul Pictet.

Das Programm der Vereinigung kann nur allmählich und schrittweise zur Durchführung gelangen. Das gilt insbesondere von der Organisation in den Kantonen, die sich zunächst dort zu vollziehen haben wird, wo Sektionen der bisherigen Nationalen Vereinigung, des Schweiz. Aktionskomitees für den Völkerbund und der Friedensgesellschaft sich befanden. Diese werden sich nun untereinander, von Ort zu Ort, über ihre Fusion und die Konstituierung der neuen gemeinsamen Organisation verständigen. Die nötigen Mitteilungen hierüber werden successive erfolgen. Zu jeder Auskunft ist der I. Sekretär, S. Zurliaden, Zürich, gerne bereit.

Völkerbunds-Nachrichten

15. Januar bis 15. Februar 1921.

Eine Anfrage der französischen Botschaft in Bern, wie sich der Bundesrat zu einem allfälligen Durchmarsch von Völkerbundstruppen nach dem zwischen Polen und Litauen strittigen Abstimmungsgebiet von Wilna stellen würde, hat den Bundesrat in mehreren Sitzungen beschäftigt. Es würde sich voraussichtlich um belgische, englische und spanische Truppen handeln, die eine unbeeinflusste Abstimmung in Wilna sichern sollen. Das Politische Departement hatte von sich aus keine Bedenken gegen den Durchmarsch, da die Truppen nur einem friedlichen Zwecke dienen sollten. In der Bundesversammlung herrschten teilweise andere Ansichten, wie eine „kleine Anfrage“ Jägers im Nationalrat und eine Interpellation Brügger und Konsorten im Ständerat bewiesen. Die Frage ist augenblicklich noch nicht aktuell, da Litauen mit Note vom 31. Jan. aus Kowno den Völkerbund ersucht hat, die Truppen-sendung einstweilen zu unterlassen. Litauen will zuerst mit Soviet-Russland ein Einvernehmen zu erzielen suchen, weil dieses erklärt hat, den Einmarsch von Völkerbundstruppen nicht zu dulden und eventuell mit einem kriegerischen Angriff zu beantworten, wenn nicht zuvor Soviet-Russland vom Völkerbund anerkannt werde. Dieser unsichern Verhältnisse wegen hat der Bundesrat, wie Herr Motta im Ständerat am 7. Februar bei Beantwortung der Interpellation Brügger erklärte, die Anfrage der französischen Botschaft vom 21. Januar zunächst

abschlägig beantwortet und — gegenüber unliebsamen Kommentaren der Agentur Havas und des Sekretariats des Völkerbunds — am 12. Februar diesen Beschluss bestätigt, ohne jedoch damit die Frage prinzipiell und für alle Fälle entscheiden zu wollen. Die Schweiz ist zur Mitberatung dieser Angelegenheit im Schosse des Völkerbundsrates, der am 21. Februar in Paris zusammentritt, eingeladen. Sie entsendet als ihre Vertreter den Schweiz. Gesandten in Paris, Herrn Dunant, und Herrn Prof. Max Huber.

Im Nationalrat wurde in dieser Angelegenheit ferner eingereicht eine Motion Seiler (Basel-land): „Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage des Truppen-Durchzuges der Bundesversammlung zur grundsätzlichen Entscheidung vorzulegen“, und eine Interpellation de Rabours (Genf): „Glaubt der Bundesrat nicht, angesichts der neuen, ihm bekannt gewordenen Tatsachen den bezüglich des Truppen-Durchzuges zu einer polizeilichen Friedensaktion eingenommenen Standpunkt ändern und eine neue Lösung suchen zu sollen, die unter Wahrung der schweizerischen Neutralität dem Bundesrat gestattet, den Pflichten der internationalen Solidarität nachzukommen?“ — Als weitere neue Momente zur Beurteilung der Sachlage kommen noch hinzu eine Note, welche der russische Volkskommissär für das Auswärtige, Tschitscherin, der litauischen Regierung übergeben hat, und in der abermals die Erwartung ausgesprochen wird, Litauen werde den Einmarsch von Völkerbundstruppen nicht gestatten, da deren Anwesenheit als ein den Russen feindlicher Akt zu bezeichnen wäre. Sodann hat Kerenski, der frühere Diktator Russlands, erklärt, Russland werde die Ablösung Litauens und der anderen Randstaaten von Russland niemals zugeben und deren Selbständigkeit niemals anerkennen. Die Lage im Abstimmungsgebiet ist also auch heute noch nichts weniger als abgeklärt.

— In der französischen Vereinigung für den Völkerbund erstatteten am 19. Januar Viviani und Bourgeois einen günstigen Bericht über die Völkerbundsversammlung in Genf. Am 17. Januar wurde von einer öffentlichen Versammlung der „Weltliga der freien Völker“ im Wagramsaal in Paris die von mehreren Rednern befürwortete Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

— In London fand am 12. Januar eine von 6000 Personen besuchte Versammlung der Völkerbundsliga (League of Nations Union) in der Albert Hall statt. Sie stimmte freudig dem Redner Barnes zu, als er sagte: „Deutschland muss aufgenommen werden. Was die deutsche Regierung getan hat, dafür ist das deutsche Volk nicht verantwortlich.“

— Der japanische Minister des Äussern, Uchida, befürwortete in einer Programmrede neuerdings den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

— Die Internationale Transit-Konferenz in Barcelona wird am 10. März eröffnet. Alle süd-amerikanischen Staaten mit Ausnahme Argentiniens haben ihre Beteiligung zugesagt.

— Ferdinand Buisson richtete im Namen der Liga der Menschenrechte an den Ministerpräsidenten Briand das Begehren, den französisch-schweizerischen Konflikt betreffend die freien Zonen dem Schiedsspruch des Völkerbundes zu unterbreiten.

— Paul Hymans, Präsident der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates, hat das Präsidium des Völkerbundsrates dem brasilianischen Botschafter in Paris, da Cunha, übergeben, welcher